

Schwarzwälder Tageszeitung

„Aus den Tannen“

Nationales Nachrichten- und Anzeigenblatt für die Oberamtsbezirke Nagold, Calw, Freudenstadt und Neuenbürg

Anzeigenpreis: Die 10sp. Millimeterzeile oder deren Raum 8 J., Kellame 18 J. Bezugspr.: Monatl. d. Post M 1.20 einchl. 18 J. Beschr. Erb. zus. 36 J. Zustellungsgeb.; d. Wg. für teleph. erteilte Aufträge übernehmen wir keine Gewähr. Rabatt nach Tarif, der jedoch bei geschl. Eintr. od. Konturen hinfällig wird. Erfüllungsort: Altenreig. Gerichtsstand Nagold. Bei Nichterhalten der Zeit. inf. hoh. Gewalt od. Betriebsbeh. besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitg. / Telegr.: „Tannenbl.“ / Tel. 321

Numer 29

Mittwoch, Montag, den 5. Februar 1934

57. Jahrgang

Auseinanderfall des Kabinetts Daladier

Paris, 4. Febr. Finanzminister Pietri, Kriegsminister Fabry und der Unterstaatssekretär für Hochunterricht Doussain hielten am Samstag im Finanzministerium eine Besprechung ab, nach deren Schluss Doussain erklärte, daß er und die beiden Minister aus dem Kabinett ausgetreten seien.

Der Besprechung waren Unterredungen des Ministerpräsidenten Daladier mit dem Kriegsminister Fabry, dem Finanzminister Pietri, dem Unterrichtsminister Berthold, dem Innenminister Trot und dem früheren Außenminister Paul-Boncour vorgegangen. Die Vorgänge werden darauf zurückgeführt, daß Daladier die Absicht hatte, den Polizeipräsidenten von Paris, Chionne, zum Generalresidenten in Marokko zu ernennen und Pietri und Fabry ihr Verbleiben im Kabinett von dieser Ernennung abhängig machten. Als Nachfolger für Fabry wird vorerst der frühere Ministerpräsident und Außenminister im Kabinett Chaumet, Paul-Boncour, genannt.

Die neuen französischen Minister

Paris, 4. Febr. Der radikalsozialistische Abg. Marchandean, der im letzten Kabinett Chaumets Budgetminister war, ist zum Finanz- und Budgetminister ernannt worden, der Abg. Paul-Boncour zum Kriegsminister und der radikalsozialistische Abg. Lambert zum Unterstaatssekretär im Finanz- und Budgetministerium.

Das gemeinsame Rücktrittschreiben Fabrys und Pietris

Paris, 4. Febr. Kriegsminister Fabry und Finanzminister Pietri erklären in ihrem gemeinsamen Rücktrittschreiben an Daladier, daß das Kabinett die Aufgabe übernommen habe, das Ansehen des Staates wiederherzustellen. Im Ministerrat am Samstag sei aber zwischen der Mehrheit der Kabinettsmitglieder und dem Kriegs- und Finanzminister eine tiefergehende Meinungsverschiedenheit über die Wege und Mittel entstanden, die im gegenwärtigen Augenblick notwendig seien, zum Ziele zu führen. Wir halten es daher für eine Pflicht der Loyalität, sie zu erklären die beiden Minister in ihrem Schreiben. Sie zu bitten, auf unsere Mitarbeit zu verzichten, noch bevor sich die Regierung dem Parlament vorstellt hat und solange es dem Herrn Ministerpräsidenten noch leicht fällt, die erforderliche Unterbrechung zu finden.

Wiener Ministerrat am Montag

Wien, 4. Febr. Der außerordentliche Ministerrat, der über das weitere Vorgehen der österreichischen Regierung im deutsch-österreichischen Konflikt entscheiden sollte, ist heute endgültig für Montag vormittag einberufen worden. Der Berliner Gesandte Lausch, dessen Beraterstimmung beim Bundeskanzler Dollfuß mehrere Stunden in Anspruch nahm, wird dem Ministerrat am Montag beizubringen und dem gesamten Kabinett Bericht erstatten.

In den letzten Tagen sollen in den diplomatischen Sphären nach dem österreichischen Regierung neue erhebliche Schwierigkeiten entstanden sein, die hier als die Ursache der hinausgeschobenen endgültigen Entscheidung angesehen werden. In den diplomatischen Verhandlungen soll sich ergeben haben, daß trotz der wiederholten Vorstellungen von österreichischer Seite eine einheitliche Haltung der Großmächte England, Frankreich und Italien bisher nicht erzielt werden konnte. Von Seiten der Großmächte sollen insofern verbindende Verpflichtungen zur Unterstützung der österreichischen Regierung im Falle einer internationalen Aktion nicht abgeschlossen worden sein. In diesen diplomatischen Kreisen verlautet, daß insbesondere die englische Regierung einer Annäherung des Böhmerlandes durch Österreich wenig sympathisch gegenübersteht. Ebenso sollen auf italienischer Seite erste Bedenken gegen die Austragung des deutsch-österreichischen Konflikts vor dem Böhmerland vorhanden sein.

Richtangriffspakt Japan—USA?

Ein Vorschlag des japanischen Botschafters

Washington, 3. Febr. Wie aus London gemeldet wird, hat dort der neue japanische Botschafter für Washington, der sich von England nach den Vereinigten Staaten einschiffte, in einer Unterredung mit amerikanischen Pressevertretern für ein Gentlemen-Abreement zwischen Japan und den Vereinigten Staaten Stellung genommen. Botschafter Hiroshi Satto erklärte u. a. in der Geschichte der Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Japan müsse ein neues Blatt begonnen werden. Beide Völker müßten sich die Hände reichen, um den Frieden im Gebiet des Stillen Ozeans zu sichern. Er sei der Ansicht, daß man, wenn er erst seine Arbeit in Washington begonnen habe, zu einer Art Nichtangriffsovereinbarung mit den Vereinigten Staaten kommen könne. Dabei könne auch die Mitbereinbarung von Sowjetrußland in Betracht gezogen werden.

Die Antwort der deutschen Regierung

auf das französische „Aide memoire“

Berlin, 3. Febr. Auf das „Aide memoire“ der französischen Regierung vom 1. Januar 1934 hat die deutsche Regierung am 19. Januar in einem Memorandum geantwortet, dem wir folgenden Auszug entnehmen:

Die deutsche Regierung begrüßt es, daß die französische Regierung die Anregung unmittelbarer diplomatischer Verhandlungen zwischen den beiden Regierungen über die zwischen ihnen stehenden Probleme angenommen und daß sie in der wichtigsten akuten Frage, der Abrüstungsfrage, ausführlich dargestellt hat, welche Stellung sie zu den vorangegangenen Erklärungen der deutschen Regierung einnimmt, und welche Gesichtspunkte sie selbst für die weitere Behandlung dieser Frage geltend zu machen hat. Die deutsche Regierung hat die Ausführungen des französischen „Aide memoire“ hierüber in voller Unvoreingenommenheit und unter dem entscheidenden Gesichtspunkt geprüft, ob und welche Möglichkeiten darnach für die Verwirklichung des Gedankens der allgemeinen Abrüstung heute als gegeben erscheinen.

Bevor die deutsche Regierung auf die Kritik eingeht, die das französische „Aide memoire“ an dem deutschen Vorschlag zur Abrüstungsfrage übt, möchte sie sich zu dem Plane äußern, den die französische Regierung jenem Vorschlag gegenüberstellen zu sollen geglaubt hat. Welches würde die Lage sein, die geschaffen würde, wenn es zu einer Konvention auf der Grundlage des französischen Planes käme?

Auf dem wichtigen Gebiet des Kriegsmaterials würde die Abrüstung um mehrere Jahre hinausgeschoben. Während dieser Zeit würden die hochgerüsteten Staaten ihr gesamtes schweres Landmaterial auch insoweit unverändert behalten, als es in erster Linie für Angriffszwecke in Betracht kommt. Es fragt sich, ob es demgegenüber vom Standpunkt der allgemeinen Sicherheit erheblich ins Gewicht fallen würde, wenn die hochgerüsteten Staaten während dieser Zeit auf die Neubeschaffung schwerer Angriffswaffen verzichten. Deutschland würde seinerseits auf die im Versailler Vertrag vorgesehenen völlig unzureichenden Waffenarten beschränkt bleiben, hätte aber während dieser Periode gleichwohl die Umbildung der Reichswehr vorzunehmen. Wie soll jedoch die Umbildung eines Heeres praktisch durchgeführt werden, wenn ihm nicht von vornherein das für seine Verwendungsbedürfnisse notwendige Material zur Verfügung steht? Wie kann bei einer derartigen Umbildung der Reichswehr die deutsche Sicherheit auch nur einigermaßen gewährleistet werden?

Was die Frage der Personalstärke anlangt, so wäre die Vereinheitlichung der Heeresstärken natürlich davon abhängig, daß der vorgegebene Typus auch von den anderen Staaten angenommen wird. Außerdem kann aber der Wert der von Frankreich schon für die erste Periode zugesicherten Herabsetzung seiner Personalbestände erst dann beurteilt werden, wenn feststeht, was mit den französischen Heeresstruppen geschehen soll. Für die in Afrika stehenden Truppen sind alle organisatorischen Vorbereitungen getroffen, um sie jederzeit binnen kurzem nach Frankreich bringen zu können. Liegt unter diesen Umständen nicht die Annahme nahe, daß die Herabsetzung der Heeresstärke nicht durch Heranziehung von Heeresstruppen wieder wettgemacht werden könnte, sofern nicht auch die letzteren in das System der Herabsetzung der Personalbestände einbezogen werden?

Hinsichtlich der Luftstreitkräfte wäre zu überlegen, ob nicht mit der nach dem französischen „Aide memoire“ vorgesehenen Methode ihrer Verminderung das wichtige Prinzip aufgegeben würde, alle großen Luftflotten auf einem einheitlichen Niveau einander anzugleichen. Aber auch hieron abgesehen, stellt sich für Deutschland die Frage, ob es für die erste Phase und sogar für die zweite Phase der Konvention dabei bleiben soll, daß es keinerlei militärische Luftfahrt besitzt. Falls diese Frage nach dem französischen Plan zu bejahen wäre, würde auch die vorgeschlagene Herabsetzung der Luftstreitkräfte der anderen Staaten an dem Zustand der radikalen Ungleichheit und der völligen Wehrlosigkeit Deutschlands in der Luft praktisch nichts ändern.

Sind die Ausführungen des „Aide memoire“ über die Kontrolle etwas dahin zu verstehen, daß das ganze Regime der zweiten Phase von den Erfahrungen während der ersten Phase abhängig gemacht werden soll? Wenn das die Absicht wäre, so würde die Durchführung der allgemeinen Abrüstung auch für diese zweite Phase mit einem gefährlichen Unsicherheitsfaktor belastet werden. Es liegt auf der Hand, daß die Voraussetzung der Parität der Kontrolle nicht mehr gegeben wäre, wenn sich die Kontrolle praktisch in dem bereits auf Grund der Friedensverträge abgerüsteten Ländern in ganz anderer Weise als in den übrigen Ländern auswirken würde. Würde sie nicht, da sie in den bereits abgerüsteten Ländern ein so viel weiteres Anwendungsgebiet hätte, ihr, auch bei loyaler Vertragserfüllung, viel leichter als in den anderen Ländern zu Differenzen Anlaß geben, die dazu ausgenutzt werden könnten, das Regime der zweiten Phase noch weiter hinauszuzögern?

Selbst wenn sie diese Gefahr beseitigen läßt, bleibt aber für Deutschland die Frage entscheidend, ob seine Diskriminierung

nach um eine weitere Reihe von Jahren verlängert werden soll. Können die anderen Mächte für einen solchen, mit der Ehre und Sicherheit Deutschlands unvereinbaren Plan irgend einen inhaltlichen Grund anführen? Das ist nach der festen Überzeugung der deutschen Regierung völlig ausgeschlossen. Die Behauptung des „Aide memoire“, daß die Gleichberechtigung Deutschlands hinsichtlich des Materials nach der Erklärung vom 11. Dezember 1932 die vorherige Durchführung der Umwandlung der Reichswehr zur Voraussetzung habe, findet weder in dieser Erklärung noch in anderen Abmachungen oder Tatsachen eine Stütze.

II

Wenn man sich die Hauptpunkte des französischen Plans und seine Folgen vergegenwärtigt, erheben sich ernste Zweifel darüber, ob auf diesem Wege eine Regelung des Abrüstungsproblems gefunden werden kann, die wirklich der Gerechtigkeit entsprechen und der Sicherung des Friedens dienen würde. Alles in allem betrachtet, erscheint der deutschen Regierung der Stand des Problems auch heute noch in dem gleichen Maße wie vor einigen Monaten, als sie sich wegen des völligen Verlangens der Genfer Methoden zum Austritt aus dem Völkerbund und zum Verlassen der Abrüstungskonferenz veranlaßt sah und sich zu einem neuen Vorschlag entschloß. Die deutsche Regierung beharrt es auf das lebhafteste, daß die französische Regierung den Ausgangspunkt dieses Vorschlages in den Ausführungen ihres „Aide memoire“ nicht gewürdigt hat. Nicht, weil sie den Gedanken der Abrüstung aufgegeben und statt dessen eine Anreizung Deutschlands fordern wollte, hat die deutsche Regierung ihren Vorschlag gemacht. Die deutsche Regierung würde es noch immer für die beste Lösung halten, wenn alle Länder ihre Rüstungen entsprechend der in dem Versailler Vertrag vorgesehenen Endaufweisung herabsetzten. Diese eindeutige Erklärung gibt der deutschen Regierung das Recht, die Behauptung, als sei das eigentliche Ziel ihrer Politik die Kapitulierung Deutschlands, mit aller Entschiedenheit zurückzuweisen.

Wenn der Vorschlag der deutschen Regierung dahin ging, eine erste und schnelle Regelung auf der Grundlage einer Limitierung der Rüstungen der hochgerüsteten Staat auf ihren jetzigen Rüstungsstand zu suchen, so ist dies allein deswegen geziehen, weil nach ihrer Überzeugung der Versuch der nun bald acht Jahre andauernden Verhandlungen klar gezeigt hat, daß die hauptsächlich in Betracht kommenden hochgerüsteten Mächte gegenwärtig zu einer wirklich einschneidenden Abrüstung nicht bereit sind. Selbstverständlich ist es aber nicht der Sinn des deutschen Vorschlages, jetzt auch solche einzelnen Abrüstungsmaßnahmen beiseite zu schieben, über die eine Einigung alsbald möglich erscheint. Diese Rüstungsbeschränkungen werden jedoch keinesfalls ein Ausmaß erreichen, daß damit die Gleichberechtigung Deutschlands verwirklicht wäre. Sieht man dieser Realität ins Auge, dann bietet sich, um überhaupt zu einer baldigen vertraglichen Regelung zu kommen, kein anderer Ausweg, als die Abrüstungsmaßnahmen, über die eine Einigung im gegenwärtigen Zeitpunkte möglich ist, festzulegen, im übrigen aber die Rüstungen der hochgerüsteten Staaten für die Dauer der ersten Konvention auf den gegenwärtigen Stand zu begrenzen und die Gleichberechtigung Deutschlands durch eine gewisse Anpassung seiner Rüstungen an das Rüstungsniveau der anderen Länder zu verwirklichen.

Es ist auch nicht abzusehen, inwiefern die Durchführung des deutschen Vorschlages ein Vertrauen zur Folge haben könnte. Es würde sich für Deutschland nur um die Schaffung einer Verteidigungsarmee handeln, die nicht in entsetzlicher Bedrohung für irgend ein anderes Land darstellen könnte. Überdies geht der deutsche Vorschlag ja dahin, daß für alle Staaten bestimmte Rüstungsgrenzen vertraglich festgelegt werden sollen, wodurch die Möglichkeit eines Wettlaufens von vornherein ausgeschlossen werden würde.

Ebenso wenig kann die deutsche Regierung den Einwand anerkennen, daß die Ziffer von 300 000 Mann für die deutsche Verteidigungsarmee zu hoch gegriffen sei. Diese Ziffer bedeutet schon angesichts der geographischen Verhältnisse, insbesondere angesichts der Länge und der Beschaffenheit der deutschen Grenzen, das Minimum dessen, was Deutschland unter den gegenwärtigen Umständen für seine Sicherheit braucht. Das erhebt besonders dann, wenn man diese Ziffer mit den Rüstungen der hochgerüsteten Nachbarn Deutschlands vergleicht. Dabei ist zu bedenken, daß alle diese Länder über gewaltige Mengen ausgebildeter Reserven verfügen, da sie seit dem Ende des Krieges auf Grund der bei ihnen bestehenden allgemeinen Wehrpflicht die gesamte militärfähige Jugend einer Ausbildung im Heere unterzogen haben.



Diese Rekruten belaufen sich allein in Frankreich auf etwa fünf Millionen.

Den ausgebildeten Rekruten der anderen Länder hat Deutschland einen vergleichbaren Faktor nicht gegenüberzustellen. Insbesondere ist es unmöglich, die in Deutschland bestehenden politischen Organisationen mit den militärischen Rekruten anderer Länder auf eine Stufe zu stellen.

Was die Frage der Polizei anlangt, so wird sich eine Veränderung darüber voraussichtlich un schwer erzielen lassen.

Schlüssig ist bei der Beurteilung der Ziffer von 300 000 Mann noch zu berücksichtigen, daß es sich hierbei um Soldaten mit kurzer Dienstzeit handelt, während die Reichswehr aus Berufssoldaten mit zwölfjähriger Dienstzeit besteht.

Auch unter diesem Gesichtspunkt wäre es verfehlt, in der Ziffer von 300 000 Mann eine wesentliche Erhöhung der gegenwärtigen Wehrkraft Deutschlands sehen zu wollen.

Zu den Einwänden des „Aide memoire“ gegen die von der deutschen Regierung für notwendig gehaltene Ausstattung der künftigen deutschen Armee mit Verteidigungswaffen ist bereits oben bemerkt worden, daß die Umwandlung der Reichswehr in eine Armee mit kurzer Dienstzeit praktisch nicht durchführbar ist, wenn dieser Armee nicht gleichzeitig mit der Umwandlung die notwendigen Waffen gegeben werden.

III

Die vorstehenden Ausführungen zeigen, daß die Hauptpunkte, in denen die Ansichten der beiden Regierungen hinsichtlich des Abrüstungsproblems noch auseinandergehen, die Frage der Besprechung der Personalstärke und die Frage des Zeitpunktes der Ausstattung der künftigen deutschen Armee mit Verteidigungswaffen sind.

Dah und in welchem Geiste Deutschland zur internationalen Zusammenarbeit bereit ist, ergibt sich aus seinem Angebot des Abzuges von Nichtangriffspakten.

Gleichzeitig mit dem Memorandum hat die deutsche Regierung einige Fragen an die französische Regierung gerichtet, die hier wiedergegeben werden:

Die deutschen Fragen an Frankreich:

- 1. Auf welche Höchststärke sollen die gesamten französischen Personalbestände in Heimat und Übersee herabgesetzt werden?
2. In welcher Weise sollen bei der in dem französischen „Aide memoire“ vorgetragenen Regelung die Ueberleertruppen und die ausgebildeten Rekruten Frankreichs in Rechnung gestellt werden?
3. Ist Frankreich bereit, falls die Umwandlung der Heere in Verteidigungsheere mit kurzer Dienstzeit sich nicht auf die im Heimat- und Ueberleergebiete, sondern Ueberleerleerkräfte erstreckt, eine Verpflegung zu übernehmen, Ueberleertruppen in Kriegs- u. Friedenszeiten im Heimatgebiet weder zu stationieren noch zu verwenden?
4. Was soll mit den das Kaliber von 15 Zentimeter über schreitenden Geschützen der beweglichen Landartillerie geschehen? Sollen sie zerstört werden? Soll noch weiterhin die Ausbildung an diesen Geschützen zulässig sein?
5. Welche Höchsttonnage soll für Tanks vorgegeben werden, und was soll mit den diese Höchsttonnage überschreitenden Tanks geschehen?
6. Denkt die französische Regierung für alle Länder an eine zehntennährige Beschränkung einzelner Waffengattungen, und zwar unter Einschluß der lagernden Bestände? Welche Waffengattungen sind dies?
7. Mit welchem Material sollen die französischen Truppen, die der Berücksichtigung der Heere nicht unterworfen werden, ausgestattet werden?
8. Sinnen welcher Frist würde die Herabsetzung der im Dienst befindlichen Flugzeuge um 50 Prozent zurückgeführt werden? Soll die Beibehaltung der ausbleibenden Flugzeuge durch Reparatur erfolgen oder auf welche andere Weise?
9. Woran soll sich die Kontrolle der Zivilluftfahrt und der Flugzeugherstellung erstrecken, die nach dem französischen Vorschlag die Verantwortung für die Herabsetzung der im aktiven Dienst befindlichen Militärflugzeuge sein soll?
10. Soll die allgemeine Abschaffung der Militärflugzeuge in

der Konvention für einen bestimmten Zeitpunkt endgültig festgelegt werden und für welchen?

11. Soll das Bombenabwurfverbot, das die französische Regierung anzunehmen bereit ist allgemein und absolut sein, oder welchen konkreten Einschränkungen soll es unterworfen werden?

12. Sind die Ausführungen des „Aide memoire“ über die Kontrolle des Kriegsmaterials so zu verstehen, daß Frankreich für sich nur die Kontrolle der Fabrikation und der Einfuhr anzunehmen bereit ist, oder soll sich diese Kontrolle auch auf die Bestände an im Dienst befindlichem und lagerndem Material erstrecken?

13. Welche Stellung nimmt die französische Regierung hinsichtlich der Rüstungen zur See ein?

England und die Abrüstungsfrage

Europarundreise Edens

London, 3. Febr. Von unrichtiger englischer Seite wird erklärt, daß das englische Kabinett wahrscheinlich bereit sein würde, den Vordirektionsrat Edens mit einem Besuch der verschiedensten europäischen Hauptstädte zu beauftragen, falls weitere „Ausführungen“ über die englischen Abrüstungspläne gewünscht werden sollten.

Der diplomatische Mitarbeiter des „Daily Telegraph“ spricht von der Möglichkeit einer Viermächte- oder einer Sechsmächte-Konferenz. Jedenfalls sei es wahrscheinlich, so meint der diplomatische Mitarbeiter, daß die Stellungnahme der Regierungen zu den englischen Abrüstungsvorschlägen zunächst nicht in formeller und klar umrissenen Noten festgelegt, sondern durch mündlichen Meinungsaustausch auf den normalen diplomatischen Wegen dargelegt werden würde.

Amerika erkennt den deutschen Friedenswillen an

Washington, 3. Febr. Es bestätigt sich, daß die Haltung der amerikanischen Regierung zur Frage der Erhöhung des deutschen Rüstungsstandes wesentlich freundlicher geworden ist. Während man früher in Regierungskreisen den Standpunkt vertrat, daß eine Gleichheit in den Rüstungen lediglich durch ein Abziehen der anderen auf den deutschen Rüstungsstand erzielt werden dürfe, und daß es unzulässig sei die Abrüstung der Welt durch eine Erhöhung des deutschen Rüstungsstandes einzuleiten, ist man jetzt hauptsächlich unter dem Einfluß der italienischen und britischen Vorschläge zu der Ansicht bekehrt worden, daß es besser sei, Deutschland auf den Rüstungsstand zu bringen, auf den die anderen abzurufen eher bereit wären.

Die Krise in Oesterreich

Heimwehr fordert Auflösung der Parteien

Wien, 3. Febr. Die von den Heimwehren gestellte Forderung auf Auflösung der Christlich-sozialen Partei und der Sozialdemokratischen Partei hat in allen Parteikreisen große Erregung hervorgerufen. Die Christlich-sozialen Partei soll, wie verlautet, sich energig gegen die Auflösungsverfugungen entgegensetzen. Ebenso sollen die Christlich-sozialen Gewerkschaften derartige Pläne ablehnen. In den letzten Heimwehrkreisen soll man jedoch uneingeschränkt an der Forderung der Auflösung der bisherigen politischen Parteien festhalten.

Die Sozialdemokratische Partei Tirols veröffentlichte einen Scharten, gegen die Heimwehr gerichteten Aufruf, in dem im Hinblick auf die von der Heimwehr geforderte Auflösung verlangt wird, daß die Republik Oesterreich die verfassungsmäßig gewährleisteten Grund- und Freiheitsrechte des Volkes unangetastet lasse. Die Auflösung der Sozialdemokratischen Partei wäre gegen Gesetz, Recht und Vernunft. Die Partei verlange daher, daß nicht durch die Auflösung der Partei: Juchende herausgehoben werden, die niemand verantwortlich könne. Der Aufruf wendet sich sodann an die Parteigenossen mit der Bitte, trotz der großen Erregung die Ruhe zu bewahren.

Einzug der Heimwehr in Innsbruck

München, 3. Febr. Wie der Oesterreichische Pressedienst auf Grund von Augenzeugenberichten über den Einzug der Tiroler Heimwehr in Innsbruck meldet, sind in ganz Innsbruck nur etwa 500 Heimwehrleute in geradezu jämmerlicher Kollimierung gezählt worden, während die amtlichen Berichte von einem Heimwehraufgebot in Stärke von 6000 Mann sprechen. Als die einzelnen Heimwehrcolonnen in die Stadt einzogen, grüßten vom Innsbrucker Stadtturm zwei riesige Hakenkreuzfahnen, während ganze Salden von Kanonenschlägen die Stadt erschütterten. Die Heimwehrleute wählten sich nicht anders zu helfen, als wohllos die üblichen Massenerhaltungen vorzunehmen. Insgesamt wurden über 100 Personen festgenommen.

Das Vorgehen der Tiroler Heimwehren gegen die Nationalsozialisten gewinnt immer mehr den Charakter auch eines innerpolitischen Vorgehens, da die Tiroler Heimwehren jetzt über die Forderung auf rassistische Bekämpfung des Nationalsozialismus auf die Selbstauflösung der Christlich-sozialen Partei, den Rücktritt sämtlicher Christlich-sozialer von öffentlichen Stellen und sofortige Auflösung der Sozialdemokratischen Partei gedrungen haben.

Eine Ansprache des Vizelandes an die ausländischen Reiteroffiziere

Berlin, 4. Februar. Am Tage des großen Preises der Nationen hatte der Unionklub als die Stelle, die sich seit Jahrzehnten im internationalen Rahmen um die Hebung der Jucht des edlen Pferdes bemüht, alle Equipen zu sich zu Gast geladen. Im Verlaufe des Abends sprach Vizelandes v. Papen den fremden Gästen den Dank und die Freude des Herrn Reichslandes und der Reichsregierung über ihr Kommen aus.

Ein besonderes Wort richtete der Vizelandes in diesem Zusammenhang an die französische Equipe. Er sagte, daß man in Deutschland außerordentlich erfreut gewesen sei über den Entschluß der französischen Regierung und der französischen Armee, die besten Vertreter der allberühmten Reitschule von Saumur hierherzuschicken. Saumur sei nicht nur eine Stätte hoher reitlicher Kunst und ausgezeichnetster Ausbildung, man wisse, daß es auch eine Pflanzstätte edelster, ritterlicher Qualitäten sei. Frankreich und seine Armee seien durch die hierher entsandten Persönlichkeiten auf das glänzendste repräsentiert.

Deutschland gewinnt den Großen Preis der Nationen

Berlin, 4. Febr. Mit der Entscheidung des Großen Preises der Nationen hatte die deutsche Reitertruppe und das Berliner Reiterturnier am Sonnabend ihren Höhepunkt gefunden. Der Reiterkönig mit dem überlegenen Sieg der deutschen Vertreter mit 24 Fehlern vor der französischen Mannschaft mit 36 Fehlern und den Jern mit 64 Fehlern fand. In Anwesenheit des Königs, der in Begleitung von Ministerpräsident Göring erschienen war, hielten sich die deutschen Reiter Oberleutnant Romm auf Brecaat 2. Oberleutnant Brandt auf Fera und Oberleutnant Dasse auf Verbu den Sieg. Unter den Ehrenpferden bemerkte man die Vertreter der Besatzmächte der beteiligten Länder, den Vizelandes von Papen, den Reichsminister Dr. Gumbel, von Wismberg, Schmitt und den Reichsbaudirektor Dörre und zahlreiche höhere Reichswehroffiziere und Führer der SA. und SS. Im Gesamtergebnis hatte die deutsche Equipe mit 24 Fehlerpunkten vor der französischen Mannschaft mit 36 Fehlerpunkten und der irischen Vertretung mit insgesamt 64 Fehlerpunkten. Der Führer des deutschen Teams, Major Freiherr von Waldenfels, den wertvollsten Ehrenpreis.

Verfassungserkundung Prozeß Köhling

Saarbrücken, 4. Febr. Wie erinnerlich, hatte sich der saarländische Politiker und Großindustrielle, Kammerrentat Dr. Hermann Köhling, am 7. Dezember 1933 vor der Strafkammer des Landgerichtes Saarbrücken wegen der Abfassung und des Verbreitens eines Flugblattes zu verantworten, in dem er Teile der Bevölkerung gegeneinander aufgereizt, einleitend beleidigt und allgemeine herabsetzende und beschönigende Bemerkungen gegen die saarländischen Verwaltungen gemacht haben sollte, die ihre Kinder in die französischen Grundschulen jöhden. Köhling und seine Mitangeklagten waren freigesprochen worden.

Nun begann die Verfassungserkundung vor dem Obersten Gerichtshof des Saargebietes in Saarbrücken. Interessant für die ganze Lage ist die Tatsache, daß nur ein einziger saarländischer, also deutscher Richter, dem Gericht angehört. In weitestgehendem Ausmaß wurden dem Angeklagten Köhling den Kampf der Saarländer und der deutschen Reitertruppen vor und nach Unterzeichnung des Friedensvertrages, allen deutschen Kindern im Saargebiet die deutschen Schulen zu erhalten und die französischen Schulen nur auf die Kinder französischer Eltern beschränkt zu lassen. „Ob Sie mich unterstützen oder nicht“, sagt Köhling, „ist mir gleichgültig. Mir kommt es vor allen Dingen darauf an, darzutun, daß wir den Kampf der Minderheit des Saargebietes zum Reichsrecht in vollster Regalität gekämpft haben, und daß ich nach jahrelangem Verzicht, im Kampf gegen die französischen Schulen endlich einmal erzwungen war, ein Flugblatt mit kräftigen Woddrücken zu veröffentlichen, um mich den verüblichen deutschen Verwaltungen verständlich zu machen.“ Die Vernehmung der zwei Belastungszeugen, zweier Saarländer, die die französische Sachverständigen erwarben, brachte nichts Neues. Am Sonntag geht der Prozeß weiter.

Gewissenstaukel im neuen Impfgesetz

Berlin, 3. Febr. Die bevorstehende Revision des Impfgesetzes wird nach den Vorgängen anderer Länder z. B. Englands, Deutschlands voraussichtlich die sogenannte Gewissenstaukel bringen, durch die grundsätzliche Gegner der Impfung die Möglichkeit gegeben wird unter bestimmten Voraussetzungen die Beibehaltung von Zwangsmaßnahmen zur Durchführung der Impfung zu vermeiden. Im Hinblick darauf hat der Reichsminister des Inneren angeordnet, daß in den Regellisten also außerhalb der Zeiten besonderer Gefährdung des Volkes durch Epidemien von Maßnahmen zur zwangsweisen Impfung, und von der Einleitung von Strafverfahren wegen Untertassung der Impfung einzustellen Abtand genommen wird.

Neues vom Saaz

Die Kommandantin der englischen Frauenhilfsspolizei über ihre Unterredung mit dem Führer

London, 3. Febr. Die Kommandantin der englischen Frauenhilfsspolizei, Mrs. Berchard, hat heute über ihre Unterredung mit dem Führer folgendes:

„Hiller hat mir außerordentlich gut gefallen. Er machte mir den Eindruck eines sehr ehrlichen und idealistischen Mannes, der wohl in der Lage ist, das deutsche Volk zu begreifen. Ich habe niemals ein so einträgliches Volk gesehen wie das deutsche.“

Englische Gegenstände wegen der französischen Kontingente

London, 3. Febr. Angesichts der französischen Weigerung, die sollen Einfuhrkontingente in allen Fällen für englische Waren wieder herzustellen, werden die angebotenen englischen Gegenstände vorwiegend in dieser Woche in Kraft gesetzt werden. Die französische Antwort auf die neuerlichen englischen Vorstellungen wird in politischen Kreisen als durchaus andeutend bezeichnet. Die Mitteilung über die Verfüzung von Gegenständen wird wahrscheinlich am Montag im Unterhaus gemacht werden.

Wölfe bringen in eine Stadt ein

Bukarest, 3. Febr. In Rumänien haben starke Schneestürme eingesetzt. Der Eisenbahnverkehr ist sehr erschwert. Auf den Landstraßen ist der Verkehr fast vollständig unterbrochen. In Brasov geriet der janz. Straßenverkehr ins Stocken. Im Osten sind alle Schiffe eingetroffen. Die Eisenbahnverkehr über alle Strecken um die Wölfe zu erlegen, oder mindestens zu verdrängen die zur Landstraße geworden sind. In Huda am Prutze drang in den Abendstunden von Frost und Schneesturm getrieben, ein Rudel Wölfe in die Stadt und gelangte bis zum Bahnhof, wo er von Polizisten und Bahnbeamten unter Feuer gesammelt wurde.

Aus Stadt und Land

Altensteig, den 5. Februar 1934.

Ein herrlicher Winter Sonntag liegt hinter uns. Selten hat der Winter so schön im Tal eine so flotte Fahrt wie gegenwärtig und ganz seitens alle waren es im Verlauf der letzten Winter, daß man mit den Eltern in Altensteig vom Wohnhaus aus seine Schneeschuhfahrt beginnen und in flotter Fahrt wieder zu ihm zurückkehren konnte. Dies ist jetzt der Fall und am gestrigen Sonntag wurde von der vorzüglichen Schneeschuhgelegenheit in unserem Gelände und in unserer Umgebung recht lebhafter Gebrauch gemacht. Schade, daß unsere Landbewohner dem Schneeschuhlaufen so schwer zugänglich sind. Wie oft könnte die Jugend draußen auf den höher gelegenen Landorten den Schneeschuh benutzen und sich an diesem schönsten aller Wintersporte freuen. Einen Tag, wie den gestrigen, bei herrlichem Sonnenschein auf den Schneeschuhen zu verbringen und mit ihnen die Reize unserer Landschaft zu genießen, ist ein herrlicher und reiner Genuß. Auch die Schlittschuhbahn war gestern zum Teil benutzbar und da der Nebel prachttoll von den Hängen läuft, fehlte es am gestrigen Sonntag unserer Jugend an ihrem Winterergötzen nicht.

Vom Straßenbau Altensteig-Ragold. Infolge des eingetretenen Frostes mußten die Arbeiten am Straßenbau teilweise vorläufig eingestellt werden. Am Samstag wurde der untere Teil des Waldwegs Hochgericht an der Straßenkreuzung Berned-Altensteig vollends abgeholt und man bekommt nun so eckmäßig ein Bild, wie der vorherige Verlauf der Straße sich gestaltet.

Die Zahl der Entschuldungserfahrungen. In Württemberg sind insgesamt 1018 landwirtschaftliche Entschuldungserfahrungen im Gange, davon entfallen auf den Bezirk Ragold 6, Calw 12, Freudenstadt 8, Neuenbürg 14, Horb 10, Herrenberg keine.

„Minna von Barnhelm“. Die Württ. Landesbühne wird, wie aus dem Inzeratenteil hervorgeht, am kommenden Mittwoch, den 7. Februar 1934, in Ragold das Lustspiel „Minna von Barnhelm“ zur Aufführung bringen.

Will man Lessing's „Minna von Barnhelm“ recht begreifen, so muß man sich zunächst die Zeit, in der es entstand, vergegenwärtigen. Die deutsche Kultur in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts war beinahe ganz von der französischen Nachahmung eingenommen. Es gab Höfe und Höflinge, umwobene, dünkelvolle Autoritäten in Staat und Gesellschaft und es gab Untertanen, rechtlose Bürger. Es gehörte zum guten Ton, sich französisch zu unterhalten, man trug sich nach französischer Mode und richtete sich auch nach Frankreich, soweit man sich um das Theater bemühte, Schauspiele, die vertrauensvoll ihren Stoff aus dem Eigenleben des deutschen Volkes geschöpft hätten, gab es nicht. In die zwar redliche, aber visionäre Dichtervelt jener Zeit fuhr Lessing mit seinem Geist und Schöpferwillen hinein. Bei seinem Aufenthalt in Schleien kam er mit den Taten der preussischen Armee in Berührung. Aus dem Erleben dieses Durchbruches eines großen lebendigen Volksgeistes, aus der Sehnsucht nach dem Neuen und aus der Rücksicht auf die Volkslüchtheit eines Stoffes schuf Lessing seine „Minna von Barnhelm“. 1767 begannen, erschien das Lustspiel im Jahre 1767 und hatte eine nachhaltige und tiefe Wirkung. Den Deutschen war ein deutsches Drama gegeben. Ist es heute nicht wieder an der Zeit, unsere ganze Aufmerksamkeit diesen besten Schöpfungen der deutschen Literatur zu schenken?

Ragold, 3. Februar. (Ehrung und Abschied einer Postbeamtin.) Fr. Postsekretär Schlegel hat seit 21 Jahren beim hiesigen Postamt Dienst gemacht und tritt nunmehr aus Gesundheitsrücksichten in den Ruhestand. Aus diesem Anlaß sagte ihr der Amtsvorstand vor verammeltem Personal herzliche Worte des Dankes und der Anerkennung und überreichte ihr gleichzeitig zur Erinnerung an ihre langjährigen Mitarbeiter im Auftrage der Beamten ein kleines Andenken.

Oberlöffel, 4. Febr. (Schafweideverpachtung.) Die hiesige Gemeindefeldweide, die im Vorjahr mit 120 Stück und im Nachjahr mit 200 Stück befahren werden kann, wurde am Mittwoch auf dem Rathaus für ein Jahr unter den gleichen Bedingungen wie das letzte Jahr verpachtet. Pächter ist Jaf. Schultze von hier. Der Pachtpreis beträgt 450 Mark. Für das Jahr 1933 wurden ebenfalls 450 Mark erzielt.

Aus dem Oberamtsbezirk Calw, 3. Februar. Von den bis jetzt in Württemberg im Gange befindlichen 1018 landwirtschaftlichen Entschuldungserfahrungen entfallen auf den Bezirk Calw 12. — Von den Bewinigten Pausparaffen „Sparfi“ und EWS. wurden in unserem Bezirk drei Mitglieder 11 000 Mark zugeeilt. — In Dedenspronn wurde in später Nachtstunden zwischen Göttingen und Dedenspronn überfallen und schwer mißhandelt, so daß er in die Klinik nach Tübingen verbracht werden mußte. — Durch die Schneefälle haben auch in unserem Bezirk die jungen Obstbäume durch Hasenfraß sehr gelitten. In Simmozheim sind allein mehr als 300 Obstbäume so jernagt, daß es eine Frage ist, ob sie gerettet werden können. Gemeindebaumwart Barral wurden allein ungefähr 200 Bäume durch Hasenfraß vernichtet.

Vom Oberamtsbezirk Freudenstadt, 4. Februar. Die Kreisbauernschaft hält am Mittwoch, den 7. Februar, nachmittags 2 Uhr im Hotel „Rappen“ in Freudenstadt ihre Kreisbauernversammlung ab. In der Versammlung wird der Hauptabteilungsleiter der Landesbauernschaft Württemberg, Freiherr v. Wangell sprechen. Außer ihm Diplomanwalt Pfisterer. Die Parteigenossen haben dabei in Uniform zu erscheinen.

Bielesberg, O.A. Neuenbürg, 3. Februar. Gestern vormittag brach im mittleren Stod des erst 1912 erbauten Wohn- und Wohngebaudes des Landwirts Jakob Kell aus noch unangelegter Weise ein Brand aus. In diesem Stod wohnt sein Schwiegerohn Gottlob Karst, der wegen Krankheit gestern in das Bezirkskrankenhaus Neuenbürg gebracht werden mußte. Dank des schnellen und zielbewußten Eingreifens der hiesigen Feuerwehr konnte der Brand auf den mittleren Stod beschränkt und das Haus gerettet werden. Die aus Neuenbürg gerufene Weckerlinie brauchte nicht mehr in Tätigkeit treten. — Bei dem im ganzen Haus herrschenden starken Qualm kam eine Hausbewohnerin bei dem Versuch, drei Kinder in Sicherheit zu bringen, dadurch in ernste Gefahr, daß sie mit den Kindern in dem starken Rauch keinen Ausgang mehr fand. Glücklicherweise kam fast im gleichen Augenblick die Feuerwehr, die durch Öffnen der Haustüre dem Qualm Abzug verschaffte, so daß die Frau und die Kinder gerettet werden konnten.

Horb a. N., 4. Februar. (9000 Mark für kinderreiche Familien.) Im Jahre 1933 wurden durch die Karitashilfe, deren Leitung Caritas-Direktor Dr. Straubinger hat, 9205 Mark an 507 kinderreiche Familien verteilt, während im Jahre 1932 586 Familien mit 13 204 Mark bedacht wurden. Seit dem Bestehen der Karitashilfe wurden insgesamt 71 846 Mk. an kinderreiche Familien abgegeben.

Mähringen, O.A. Horb, 3. Februar. (Ein Lungenschuß aus dem Hinterhalt.) Auf den 34 Jahre alten, verheirateten Oberlandjäger Josef Müsle aus Mähringen, der seit längerer Zeit im Landkreis Trier als Beamter angestellt ist, wurde anlässlich einer dienstlichen Streife bei Zimmer (Landkreis Trier) von zwei verdächtigen Burischen ein Anschlag verübt. Der Beamte erhielt hinterwärts einen Lungenschuß. Die Verlegung ist jedoch glücklicherweise nicht lebensgefährlich.

Tübingen, 3. Febr. (Selbstmord eines Studenten.) Wie der Postgelehrter meldet, wurde im Hofraum eines Studentenheimes am Osterberg am Samstag früh ein 22jähriger Student der Theologie aus Königsberg erschossen aufgefunden. Die sofort eingeleiteten Erhebungen der Kriminalpolizei ergaben, daß es sich zweifellos um Selbstmord handelt.

Schwanningen, 3. Febr. (Eine deutsche Arbeiteruhr.) Die Firma Kienzle, Uhrenfabriken AG., bringt in Mitwirkung der Zeitung „Die deutsche Uhr“, dem Mitteilungsblatt der deutschen Uhrenindustrie, unter dem Namen „Crometa Deutsche Arbeiteruhr“ eine neue Uhr heraus, die auf Grund einer ständigen Kontribution in sehr geistlicher Weise Taidenur, Nachtstuhl und Schreibstuhlfuhr in einem Stück vereinigt. Der Neuheit wird ein großer Erfolg vorausgesetzt.

Nottwil, 3. Febr. (Lehrerfortbildung erhält Zukunft.) Das Seminar Gmünd wurde mit sofortiger Wirkung aufgehoben. Die etwa 100 Zöglinge der 3 obersten Klassen kommen in das Seminar Nottwil. Das Seminar Nottwil wird dann wieder voll besetzt sein und 175 Schüler zählen. Der Umzug des Gmünder Seminars, Lehrer, Schüler und Personal, erfolgt mit Entzug, der schon am 10. Februar im Laufe des Nachmittags hier eintreffen wird.

Wettingen, O.A. Blaubeuren, 4. Febr. (Tödlicher Unfall.) Hier verunglückte beim Holzfällen der Holzmann Georg Drex aus Schmiechen. Der Verunglückte konnte einem stürzenden Baum infolge des tiefen Schnees nicht mehr rasch genug ausweichen, so daß ihm die Schädeldecke zertrümmert wurde.

Münzingen, 4. Febr. (Eingestellte Kraftpostlinie.) Wie vom Postamt Münzingen mitgeteilt wird, sind im Postamtsbezirk Münzingen sämtliche Kraftpostlinien mit Ausnahme der Linie Münzingen-Urach wegen großer Schneeverwehungen eingestellt.

Neimzheim, O.A. Bradenheim, 3. Febr. (Alte Urkunde.) Bei der Erneuerung des Bodens im Sitzungssaal des hiesigen Rathauses wurde eine alte Urkunde aus dem Jahre 1704 gefunden. Auf echtem, handgeschöpftem Büttenpapier, das ein Meisterstück alter deutscher Papiermacherei ist, findet man in der charakteristischen, schwungvollen Schreibweise des 18. Jahrhunderts Aufzeichnungen über Verjonen und Verhältnisse der damaligen Zeit, die sehr aufschlußreich und interessant sind.

Aus Baden

Bruchsal, 3. Februar. Spielende Kinder begaben sich in einem unbewachten Augenblick auf die Oberkante einer Scheune. Dabei fiel das siebenjährige Söhnchen des Julius König herab und zog sich schwere Verletzungen zu, daß es kurz darauf verstarb.

Borsheim, 4. Febr. (Todesfall.) Im Alter von 75 Jahren ist Fritz Höhn gestorben. Er war Dichter in Loosheimer Mandart, dessen Sammlung in Reim und Prosa „Mei Borse“ sich hier großer Beliebtheit erfreute.

Trüben, 3. Februar. (Mord und Selbstmordversuch.) In der Familie des Arztes Dr. med. W. hat sich in den gestrigen Vormittagsstunden eine in den letzten Ursachen noch unangelegte Familiendramme abgepielt. Man fand die dreifache Familie, den 37 Jahre alten Arzt und die Ende der zwanziger Jahre lebende Ehefrau sowie das dreiviertel Jahre alte Kind mit schweren Morphiumvergiftungen lebensgefährlich darniederlegend vor. Die Drei wurden alsbald ins Krankenhaus geschafft, wo das Kind am frühen Nachmittag gestorben ist. Bezüglich der Ursachen wird vermutet, daß gewisse Gemütsdepressionen mitsprechen. Offenbar hat der Arzt seine Angehörigen zunächst mit Morphiuminjektionen versehen und dann sich selbst die Spritze beigebracht. Die alsbaldige Auffindung der Betroffenen führte dazu, daß durch die zeitige Ueberführung ins Krankenhaus die Eltern vielleicht gerettet werden können.

Zu der Tragödie in Trüben wird noch berichtet, daß es sich um die Arztfamilie Dr. Wagner handelt, der in eine kriminelle Angelegenheit verwickelt war. Bei Frau Wagner ist die Lebensgefahr behoben und auch bei Dr. Wagner selbst hat sich eine rasche Besserung ergeben, so daß er in das Freiburger Gefängnislazarett überführt werden konnte.

Großfeuer in einem Dampfsägewerk

Ulm, 3. Febr. Am Samstag früh wurde von einem Wächter der Wald- und Schließgesellschaft Feuer im Fabrikgebäude des Dampfsäge- und Hobelwerkes J. A. Kolreiter festgestellt. Als nach 15 Minuten der erste Löscharzug der Ulmer Feuerwehr beim Standplatz eintraf, fand das ganze Fabrikgebäude schon in hellen Flammen. Sofort wurde Großfeuer-Alarm gegeben und kurz darauf erschienen der zweite Ulmer Löscharzug und der Solinger Löscharzug. Die Brandbekämpfung mußte sich darauf beschränken, ein Uebergreifen des Feuers auf den hohen Sägemehl Silo zu verhindern, was nach einstündigen anstrengenden Arbeiten gelang. Da die Wasserversorgung aus den Dorsorten nicht ausreichte, mußten Schlauchleitungen bis zur Elbe gelegt werden. Die harte Kälte erschwerte die Löscharbeiten sehr. Um 8.30 Uhr war keine weitere Gefahr mehr vorhanden, so daß die Feuerwehren unter Zurücklassung einer Brandwache wieder abrücken konnten. Die Brandursache konnte noch nicht festgestellt werden. Das Feuer ist offenbar in der im Dachstuhl befindlichen Schleiferei ausgebrochen. Der Schaden ist sehr groß, da in dem Fabrikgebäude zahlreiche Holzbearbeitungsmaschinen aufgestellt sind. Der Betrieb hatte insgesamt 50 Mann beschäftigt.

14 Kraftfahrzeuge bleiben im Schnee stecken

Ulm, 3. Febr. Am Freitag abend blieben auf der Strecke Geislingen-Ulm in der Nähe von Dornstadt 14 Kraftfahrzeuge infolge der starken Schneeverwehungen stecken. Durch Vermittlung der Polizeidirektion Ulm hat die Kraftfahr-Abteilung 3 der Reichswehr Hilfe geleistet, indem es im Laufe der Nacht gelungen ist, die Strecke wieder frei zu machen. Ohne die Hilfe der Reichswehr wäre die Strecke Geislingen-Ulm sicher lange Zeit ausfahrslos geblieben geblieben.

Der frühere Staatspräsident Dr. Basille

Von unbekannter Stelle wird uns geschrieben: Am 1. Februar ist der frühere Staatspräsident Dr. Wilhelm Basille nach schwerer Krankheit gestorben. Die Beerdigung hat in der Stille stattgefunden.

Dr. Wilhelm Basille, am 23. Februar 1874 in Elmstatt geboren, hat sich von 1892 bis 1895 dem Studium der Rechts- und Staatswissenschaften gewidmet. Nach Abschluß seiner Hochschulzeit war er zunächst Stellvertreter im Mann in Geislingen, Mergentheim und Stuttgart und von 1902 bis 1910 Amtmann bei der Stadtdirektion Stuttgart. Er trat sodann zur früheren Zentralstelle für Gewerbe und Handel über, wo er 1913 den Titel Oberamtmann erhielt. Von Oktober 1914 bis zum November 1915 bekleidete er im besetzten Belgien die Stelle eines Präsidenten der deutschen Zivilverwaltung in der belgischen Provinz Limburg. In die Heimat zurückgekehrt, wurde er in die verfassunggebende Landesversammlung gewählt. Im Jahr 1920 wurde er zum Regierungsrat ernannt. Von 1920 bis 1932 war er Mitglied des Landtags, von 1920 bis 1930 Mitglied des Reichstags. 1921 wurde er als Nachfolger Bierbers zum Staatspräsidenten gewählt und übernahm als solcher alsbald das Ministerium des Kirchen- und Schulwesens sowie das Arbeits- und Ernährungsministerium. Als der damalige Innenminister Dr. Holz im Juni 1928 zum Staatspräsidenten gewählt wurde, wurde Basille zum Kultminister ernannt. Mit dem Ende des Ministeriums Holz im Jahre 1933 ist auch Dr. Basille aus der württ. Regierung ausgeschieden.

Eine Frucht seiner Tätigkeit als Staatspräsident war vor allem die Neufassung des Beamtengesetzes, wie denn überhaupt die Beschäftigung mit Problemen des Verwaltungs- und Staatsrechts keine besondere Vorliebe war; das kommt auch in einem von ihm verfaßten Kommentar zur Württ. Verfassung von 1919 zum Ausdruck. Seine Bemühungen als Kultminister galten vor allem dem Ausbau der Hochschulen des Landes. Die Sammlungen des Staates sind während seiner Amtszeit fast neu geordnet und untergebracht worden. Auf dem Gebiet der Schulen wurde der Versuch eines Landesstudienzeichens unternommen, der aber nicht zu Ende geführt werden konnte. In seiner politischen Tätigkeit stand Dr. Basille von Anfang an in engem Zusammenhang mit dem durch die Revolution von 1918 geschaffenen Staat der Weimarer Verfassung, dessen Schäden er früh erkannte und mit Energie und Tapferkeit bekämpfte. Besonders als Führer der Reichsopposition im Württ. Landtag von 1920 bis 1924 hat er einen entschiedenen Kampf gegen das jetzt überwundene System geführt.

Der Ministerpräsident hat, zugleich im Namen des württ. Staatsministeriums, der Witwe des verstorbenen Staatspräsidenten Basille seine herzliche Anteilnahme ausgesprochen und die Verdienste des Verstorbenen um Württemberg dankbar anerkannt.

Wird es kälter?
Dann jetzt schon Leokrem besorgen, damit die Haut nicht Schaden leidet!



Leokrem

Aufmarsch des württ. Arbeitsdienste

Verpflichtung von 8000 württ. Arbeitsdienst-Freiwilligen

Stuttgart, 4. Febr. Die Landeshauptstadt fand über Samstag und Sonntag im Zeichen des großen Landesaufmarsches der Freiwilligen Arbeitsdienste Württembergs zu dem auch der Reichsleiter des Deutschen Arbeitsdienstes, Staatssekretär Dierl, erschienen war. Den Auftakt zu der großen Kundgebung bildete der Große Zapfenstreich am Samstagabend im Hof des Neuen Schlosses, dessen Mitteltrakt mit einem riesigen Samba des Arbeitsdienstes und mit den nationalen Flaggen geschmückt war. Auf dem Kommando setzten sich um 7.30 Uhr die einzelnen Kolonnen mit brennenden Fackeln in der Richtung nach dem Schloßhof in Bewegung und marschierten, 8000 Mann an der Zahl, in sechs Säulen in einer einzigen breiten Front in der Schloßhof ein. Es war ein einsinniges, einmütiges Bild als die Arbeitsdienstfreiwilligen unter dem Vorantritt einer Fahnenabteilung, von drei Fackelträgern, von 12 Sängern und 6 Trommlern mit ihren Landvolkstrommeln in einem Feuermeer von 1000 Fackeln und unter dem Klang des eigens für diese Feier komponierten Liedes „Uns kommt kein Morgen“ aufzuziehen. Zunächst sprach Gausarbeitsführer Müller, der darauf hinwies, daß heute vor zwei Jahren im Weisheimer Wald das erste Arbeitsdienstlager gegründet worden sei. Er forderte die Kameraden auf, sich der Ehre des Freiwilligen Arbeitsdienstes würdig zu erweisen und mit Stolz das Kleid des Arbeitsdienstes zu tragen. Namens der Stadtverwaltung überbrachte Stadtrat Stadtschreiber E. Weisberg herzliche Grüße. Der F.A.D. habe wieder den Weg zurück zur Scholle gefunden und dem deutschen Volk das hohe Ziel gesetzt: Die Pflicht zur Arbeit. Darauf folgte der Große Zapfenstreich, dessen Klänge feierlich durch die kalte Winternacht hallten.

Am Sonntag vormittag erfolgte dann die feierliche Verpflichtung des gesamten württ. Arbeitsdienstes in Gegenwart des Reichsleiters, Staatssekretär Oberst a. D. Dierl und des Reichsstatthalters Kurr und vieler Vertreter der staatlichen und städtischen Behörden. Um 11 Uhr begann der Einmarsch der braunen Kolonnen. Nach dem Einmarsch der Fahnenabteilung konnte der Gausarbeitsführer dem Reichsarbeitsführer die Anwesenheit von 192 Führern und 7890 Arbeitsdienstsoldaten melden. Danach ergriff Reichsleiter Müller das Wort. Er überbrachte die Grüße der Gauleitung. In den Arbeitsdienst-Kameraden seien die kommenden Träger der politischen Transformation zu erblicken. Sie seien Diener der Weltanschauung Adolf Hitlers und Mitarbeiter am Aufbau für das ewige, ewige Deutschland. Gausarbeitsführer Müller betonte, daß durch das Erscheinen von Staatssekretär Dierl seine Verbundenheit mit dem Arbeitsdienst Württemberg dokumentiert sei. Er begrüßte Reichsstatthalter Kurr, indem er ihn als hochberufenen Förderer des Arbeitsdienstes schilderte. Abschließend wurde die Verpflichtung vorgenommen. Taufendfältig hallte das von Gausarbeitsführer Müller vorgelesene Gelöbnis über den Schloßhof.

Am Mitteltrakt der Feier fand die Ansprache von Reichsarbeitsführer Staatssekretär Dierl. Er rief den Arbeitsdienst als eine Schöpfung, die aus dem Geist der nationalsozialistischen Weltanschauung entsprungen ist. Im Arbeitsdienst tragen wir alle den Namen Arbeiter als Ehrentitel. Dadurch werde er zu einer durch keine andere Einrichtung zu erzielenden Volkserziehungsschule zum neuen deutschen Arbeitertum und zum wahren deutschen Sozialismus. Darum brauche der Arbeitsdienst die Möglichkeit als selbständiger Organismus seine eigenen Lebensformen und Lebensregeln zu entwickeln. Er sei aus dem Leben des nat.-los. Deutschlands nicht mehr hinweg zu denken. Der Reichsarbeitsführer gelobte, im Arbeitsdienst eine Gemeinschaft herauszubilden, die unterem Führer in bedingungslosem Gehorsam und unerschütterlicher Treue folgt, wozu er uns führen möge. Dieses Gelöbnis wurde bekräftigt mit einem Singspiel auf das deutsche Volk und seinen Führer, Adolf Hitler.

Zum Schluß sprach noch Reichsstatthalter Kurr. Wenn der künftige Geschichtsschreiber die Verdienste am Wiederaufbau der Nation würdigen wolle, so dürfe er die Mitarbeit des Arbeitsdienstes nicht vergessen. Er danke für das, was der F.A.D. seither schon geleistet habe.

Neue Nachrichten

Neuordnung der deutschen Angestelltenchaft
Die Angestelltenverbände verschwinden

Berlin, 4. Februar. Durch die Neuorganisation innerhalb der deutschen Arbeitsfront hat sich als notwendig erwiesen, auch innerhalb der Angestelltenchaft eine organisatorische Neuordnung zu vollziehen. Wie die NSK. meldet, fand in Anwesenheit des Organisationsleiters der D.A.F., H. Selzner, und sämtlicher Verbandsleiter der Angestellten unter dem Vorsitz des H. Forster eine Besprechung statt, in der das Grundsätzliche über die Neuorganisation der Angestelltenverbände zum Ausdruck gebracht wurde. Diese Neuordnung besteht darin, daß die bisher bestehenden 9 selbständigen Angestelltenverbände verschwinden und an ihre Stelle die Deutsche Angestelltenchaft tritt, die alle deutschen Angestellten umfaßt.

Vorläufiges Ergebnis der heutigen Haushaltsammlungen
392 000 Mark

Berlin, 4. Februar. Die aus Anlaß des Eintopfgerichtstags veranstalteten Sammlungen erbrachten nach den bisherigen vorläufigen Feststellungen in Berlin bei den Haushaltungen einen Betrag von 392 167 Mark gegenüber 385 000 Mark am Eintopfgerichtstag des vorigen Monats.

Schweres Kraftwagenunglück — Acht Frauen verletzt
Koblenz, 4. Februar. In der Nähe des Moselortes Dieblach ereignete sich am Spätabend ein schweres Verkehrsunfall. Ein Lieferwagen, der mit acht Frauen aus verschiedenen Dörfern des Hundsrücks vom Koblenzer Markt nach Hause fuhr, verunglückte kurz vor Weisersbach. Der Lieferwagen mußte hier einem aus entgegengesetzter Richtung kommenden Lieferwagen ausweichen. Hierbei verlor der Wagenführer des Koblenzer Lieferwagens infolge der Glätte auf der vereisten Landstraße die Gewalt über den Wagen. Der Wagen stürzte eine drei Meter hohe Böschung nach der Mosel hinab. Die acht Marktfrauen trugen zum größten Teil schwere Kopf- und innere Verletzungen davon. Auch der Wagenführer mußte schwer verletzt dem Krankenhaus zugeführt werden. Der Wagen, der sich mehrere Male überschlug, wurde zertrümmert.

Starke Kälte am Mittelrhein
Koblenz, 4. Februar. Die Kälte hat am Samstag und Sonntag weiter zugenommen. An der Schiffsbrücke in Koblenz wurden 14 Grad unter Null gemessen. Von den Bergflüssen rings um Koblenz werden 17 Grad Kälte gemeldet. Auch auf dem Rhein macht sich bereits starkes und auf dem Mittelrhein mittleres Eisstreben bemerkbar, so daß hier ebenso wie auf der Rahn die Schifffahrt wieder eingestellt werden mußte.

Zwei Güterzüge in Oberschlesien zusammengestoßen
1 Toter, 2 Schwerverletzte

Gleiwitz, 4. Februar. Nach einer Mitteilung der Reichsbahndirektion Oppeln fuhr Sonntagfrüh im Bahnhof Preiskreischam (Kreis Gleiwitz) ein rangierender Güterzug auf einen anderen Güterzug auf. Der Lokomotivführer, der Fahrer und ein Rangierer wurden schwer verletzt. Der Lokomotivführer ist inzwischen seinen Verletzungen erlegen.

Verstorben
Walldorf-Lautlingen O.-Amt Balingen: Johann Michael Ritz, gew. Landwirt, 81 Jahre alt.
Calw: Karoline Sud geb. Pfeil.

Wetter für Dienstag
Der europäische Hochdruck beherrscht noch vorwiegend die Wetterlage. Für Dienstag ist Fortsetzung des winterlichen Wetters zu erwarten.

Trud und Verlag: W. Nickerische Buchdruckerei, Altensteig.
Hauptvertriebsleitung: L. Paul, Anzeigenleitung: Gust. Wohllich, Altensteig. D.-M. 1. 1. 34: 2150.

Bekanntmachungen der NSDAP.

Amt für Beamte, Kreis Nagold
Die Kienfunderhebung der württembergischen Beamtenchaft findet unter dem Motto „Treue dem Volk, dem Reich und dem Führer“ statt, und wird für jeden einzelnen Beamten zu einem einzigartigen Erlebnis werden.

Es wird damit gerechnet, daß sämtliche Beamte, die im Reichsbund der deutschen Beamten zusammengefaßt sind, zu dieser Kundgebung erscheinen. Dies gilt auch für sämtliche Polizeibeamte, Landjäger und Förster.

Jeder Beamte wird an diesem Tage Gelegenheit haben, zu zeigen, daß er nicht nur dem äußeren Schein nach sich umgeweiht hat, sondern daß der Nationalsozialismus für ihn eine Angelegenheit der inneren Überzeugung ist. Diese Überzeugung wird in der geschlossenen Beteiligung aller Beamten ihren sichtbaren Ausdruck finden. Kein Beamter wird sich von dem großen Ereignis ausschließen können. Je größer die Beteiligung der Beamtenchaft, desto größer wird der Eindruck sowohl auf die Teilnehmer selbst, als auch die Öffentlichkeit sein. Es wird heute schon mit 30 000 Teilnehmern gerechnet. Nur aus ganz zwingenden Gründen wird ein Beamter im Kreis Nagold dieser Kundgebung fernbleiben, und erwartet von jedem Beamten, daß er sich sofort anmeldet. Die Kundgebung findet im Hof der Krotzschloßkaserne (nicht wie angegeben auf der Adolf Hitler-Kampfbahn) statt. Die Stadt- und Sturmabteilung 1/180 wird ebenfalls teilnehmen. Heil Hitler!

R. K. K. K., Leiter des Amtes für Beamte.

Kreisleitung des NSLB, Nagold

Betr. Treuekundgebung der württ. Beamtenchaft am 11. 2. 34
Die Teilnahme an dieser Treuekundgebung in Stuttgart wird der Vorgesetzten nicht zur Pflicht gemacht, jedoch wird es vom NS-Lehrerbund begrüßt, wenn alle Erzieher, die es ermöglichen können, ebenfalls anwesend sind. Die Meldungen hiezu sind an den Kreisobmann der Deutschen Beamtenchaft zu richten. Heil Hitler!
NSLB: Kreisobmann.

Aus parteiamtlichen Bekanntmachungen
EbdM. Ring Freudenstadt

Laut Erlaß der Gauleitung muß die Eingliederung des evang. Jugendwerks bis zum 7. Februar vollzogen sein. Die Richtlinien der Ringtagung sind einzuhalten. Berichte über die Eingliederung, sowie die neue Mitgliederzahl, sind bis zu diesem Termin an den Ring zu senden.

Sprechstunden des Unterbannführers der HJ, Freudenstadt
Der Unterbannführer ist wieder von Berlin zurück.

EbdM.-Führerinnen im Ring Calw
Am Gauparteitag in Stuttgart am 24. und 25. Febr. werden auch alle EbdM.-Führerinnen über 18 Jahren vereidigt. Zu ihrer Anmeldung benötige ich sofort Angabe über Eintrittstag in die Partei oder EbdM., sowie Mitgliedsnummer (soweit bekannt). Gleichzeitig ist mir zu melden: Namen eurer Kassenwartin, sofern dies noch nicht geschehen ist.

Interessentinnen für den Sanitätskurs, ob und seit wann ein eigenes Heim zur Verfügung steht, wenn ja, ob gegen Miete oder frei.

Ferner haben die Teilnehmerinnen am Unterbann-Schi-Tag (11. Februar) sofort durch ihre Führerinnen wegen Einteilung in Altersklassen ihre Geburtsjahre zu melden an Jg. Walter Schwenk in Stammheim.

Die Ring- und Unterbannführerinnen

An die Führerinnen der NS-Frauenchaft Neuenbürg
Am 11. Februar, nachmittags 4 Uhr, findet in Neuenbürg in der Turnhalle unsere Kreisversammlung statt. Ich erwarte, daß jede Gruppe die ihr gestellten Aufgaben voll erfüllt.
Kreisfrauenchaftsleitung.

An die EbdM.-Führerinnen des Ringes Neuenbürg
Am 11. Februar, nachmittags 4 Uhr, findet in Neuenbürg in der Turnhalle unsere geplante Veranstaltung des Ringes Neuenbürg statt. Ich erwarte größte Beteiligung und reifliche Erfüllung der übertragenen Pflicht.
Ringführung.

Amtliche Bekanntmachungen

Errichtung einer Schmiedezwangs (Pflicht)-Zinnung im Oberamtsbezirk Nagold.

Auf Grund des Abstimmungsresultates von heute wird mit Wirkung vom 1. März 1934 ab eine Zwangs-(Pflicht)-Zinnung für das Schmiedehandwerk im Oberamtsbezirk Nagold mit dem Sitz in Nagold errichtet.

Sämtliche Gewerbetreibende des Schmiedehandwerks gehören vom genannten Zeitpunkt ab der Zwangs-Zinnung an.

Mit dem gleichen Zeitpunkt wird die freie Schmiedezinnung für den Oberamtsbezirk Nagold geschlossen.

Nagold, den 2. Februar 1934. Oberamt: Saittinger.

Alle Bücher
Broschüren
und Zeitschriften
sind zu beziehen durch die
Buchhandlung Lauf
in Altensteig und Nagold.

Am Mittwoch, den 7. Februar 1934, abend 8 Uhr wird im Saalbau z. „Löwen“ in Nagold von Mitgliedern der Württ. Landesbühne das Lustspiel **„Mina von Barnhelm“** von Lessing gegeben.

Eintrittspreise: I. Platz 1,50 II. Platz 1.—, III. Platz —,80, Arbeitslose gegen Ausweis 50 Pfg.

Kartenvorverkauf in den Buchhandlungen Lauf u. Zaiser in Nagold bis Mittwoch abend 7 Uhr.

Die Kreisleitung der NSDAP.

Fahrgelegenheit nach Nagold mit Auto-Helle Abfahrt 7 1/2 Uhr. Anmeldungen an Helle.

Sie sind zu dick!
Herz, Leber, Darm, Niere usw. arbeiten schwer, wenn Sie mindestens 10 Pfd. abnehmen. Schlank sein, heißt gesund sein. Schlank sein, heißt auch schön sein. Beginnen Sie noch heute mit der letztbrennenden „Kelaia“-Kur, den unschätzblichen Entfettungsmitteln. RM 1.75. In allen Apotheken erhältlich. Verlangen Sie nur „Kelaia“.

Stammbolz Verkauf
Wart.
Johann: Los I 20 St. mit 27,48 Pfd.; Los II 16 St. mit 24,64 Pfd. Ueberragend 12; Echl. 19; Los III 15 St. mit 30,00 Pfd. Abt. 15; Los IV 19 St. mit 24,79 Pfd. Abt. 16; Echl. 19; Los V 59 St. mit 18,31 Pfd. Abt. 4, 5, 6 Dfr. Zi. u. Za; Los VI 41 St. mit 48,93 Pfd. Abt. 12; Echl. 19; Los VII 37 St. mit 47,06 Pfd. Abt. 15; Echl. 19; Los VIII 72 St. mit 42,84 Pfd. Abt. 16; Echl. 19; Los IX 310 St. mit 65,57 Pfd. Abt. 4, 5, 6 Dfr.
Angehörige in %, der Verkaufspreis auf jedes Los für sich 1. d. b. s. zum Verkaufstag 7. Februar 1934 Mittags 2 Uhr beim Bürgermeisterei einzureichen.
Bürgermeisteramt.

23. Geldlotterie
zur Wiederherstellung des St. Nikolaus-Münsters in Ulberlingen
Ziehung 13. März 1934
Lose à 50 Pfg. in der Buchhandlung Lauf, Altensteig und Nagold.

Simmersfeld — Fünfbronn.
Hochzeits-Einladung.
Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer
am Donnerstag, den 8. Februar 1934
im Gasthaus zur „Sonne“ in Simmersfeld stattfindenden Hochzeitsfeier freundlichst einzuladen.
J. Friedrich Kern Sohn des Friedr. Kern, Waldmstr. Simmersfeld
M. Friedrike Keck Tochter des Math. Keck, Landw. Fünfbronn
Kirchgang 12 Uhr in Simmersfeld.

Werbung ist kein Luxus, Werbung ist eine Notwendigkeit!

Loje
der Winterhilfe
sind wieder eingetroffen und zu haben in der Buchhandlung Lauf.



Jeder Rundfunkhörer hat das Recht auf störungsfreien Empfang!
Rundfunkhörer! Der nat.-soz. Rundfunkverband N. d. N. erkämpft Dir dieses Recht.
Werde Mitglied!